

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis:** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleglohn. Telefon-Sammelnummer 72206 — **Vollständiges Verzeichnis Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher, Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg.  
Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Verstorbenen die 10gepalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeitung 2 Mk. Inlerate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat. 50 Pfg. Reklamezeitung 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Trotz Demokratie: Das Kapital diktiert!

### Die Arbeiterregierung vor dem Sturz

SPD Oslo, 7. Februar.

Die norwegische Arbeiterregierung wird wahrscheinlich am Freitag demissionieren. Maßgebend für diese Absicht ist der Verlauf der am Dienstag im Storting begonnenen Debatte über die in der vergangenen Woche abgegebene Regierungserklärung. Die linke Bürgerpartei ließ ihre anfängliche Forderung, die Arbeiterregierung unter gewissen Bedingungen zu unterstützen, zurückziehen und stellte gleichzeitig einen Misstrauensantrag.

Vor dem Stortinggebäude begehrten schon in den ersten Vormittagsstunden des Dienstag Hunderte von Menschen Einlass. Ganz Norwegen wartete mit großer Spannung auf den Verlauf der Debatte. Als erster Redner bestieg kurz nach 10 Uhr vormittags der Führer der Linken Nowinkel die Tribüne. Anfänglich hatte man erwartet, daß seine Partei der Arbeiterregierung wenigstens auf absehbare Zeit die Möglichkeit zur sachlichen Arbeit geben werde. Nowinkel, der auf dem rechten Flügel seiner Partei steht und zu den besitzenden Schichten des Volkes gehört, hat aber am Montag in seiner Fraktion einen Beschluß gegen die Regierung durchgesetzt. Er erklärte deshalb zu Beginn seiner Ausführungen, daß seine Partei eine Arbeiterregierung unter dem Druck der Banken nicht länger dulden könne. Die eigentliche Regierungserklärung bezeichnete er als einen Sieg der Parteileitung über den gemäßigten Teil der Partei. Dazu kommt, daß diese Erklärung eine sehr ernste finanzielle Lage geschaffen habe. Eine große Kapitalflucht hätte in den letzten Tagen eingeleitet, und in Bankstellen zeigte man eine überaus große Nervosität. Die Kapitalflucht sei zwar als Landesauswanderung zu betrachten, aber leider sei mit ihr zu rechnen. Infolgedessen könne die Linke eine moralische Verantwortung für die Arbeiterregierung nicht länger übernehmen. Sie lehne aus dieser Auffassung die Konsequenzen, indem sie beantrage, der Regierung das Misstrauen auszusprechen.

Auf diese sensationelle Rede antwortete der Führer der Arbeiterpartei Madsen. Statt Sozialität wälten zu lassen, habe man der gegenwärtigen Regierung gegenüber sozialen Peitschen mit Eisennägeln angewandt, um das Volk zur Steidigkeit zu bringen. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß die bürgerliche Linke dem Druck unverantwortlicher Finanzmagnaten nachgegeben habe. Auch das zeigte, daß es sich hier um Gegensätze zwischen alter und neuer Zeit handle. In scharfen Ausdrücken charakterisierte Madsen dann in aller Ausführlichkeit die in den letzten Jahren von dem Rechtskabinett getriebene reaktionäre Politik. Diese Politik sei insbesondere gekennzeichnet gewesen durch eine schlüssige Finanz- und Destinationspolitik. Erst dadurch wäre die große Verschlebung bei den letzten Wahlen möglich gewesen. Aber trotzdem führe man jetzt eine unverantwortliche Agitation gegen die Arbeiterregierung. Diese Agitation bilde den Ursprung der gegenwärtigen Unruhe im wirtschaftlichen Leben; auf sie und nur auf sie sei der Sturm auf die Banken zurückzuführen.

Der Führer der Rechten erklärte dann, daß seine Fraktion für den Antrag Nowinkel stimmen werde. Im gleichen Sinne äußerte sich der Führer der Agrarier. Das Schicksal der Regierung ist damit besiegelt. Wer die Arbeiterregierung nimmere erleben wird, ob eine bürgerliche Koalitionsregierung oder eine Bauernregierung als Minderheitskabinett, ist vorläufig noch unbestimmt.

Von viel kürzerer Dauer als das vor über drei Jahren gescheiterte Experiment der englischen Arbeiterregierung ist das neue Experiment der Arbeiterregierung in Norwegen gewesen. Noch heute, spätestens aber morgen wird es her Geschichte angehören. Die bürgerlichen Parteien sind sich einig, einem Misstrauensantrag der bürgerlichen „Linken“partei geschlossen ihre Stimme zu geben. Wenn sie schon unsicher sind, das Land aus der wirtschaftlichen und politischen Krise, in die es ihre Regierungsmißwirtschaft gebracht hat, wieder herauszuführen, so sind sie doch fähig, die Arbeit einer sozialdemokratischen Arbeiterregierung zu sabotieren.

Nur als Minderheitsregierung konnte das Arbeiterkabinett Hornstved seine Tätigkeit aufnehmen. Von 160 Mandaten besetzt die Arbeiterpartei nur 59, während die Linke 31, die Partei der Großgrundbesitzer 28 und die Gruppe der Rechten ebenfalls 31 zählt. Bevor die Arbeiterpartei mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, haben die Bürgerlichen versucht, ohne ihre Unterstützung weiter zu regieren. Sie haben sich nicht einigen können und erst dann wurde die Hilfe der Arbeiterpartei angerufen. Die mit einem großen Erfolg aus den letzten Wahlen hervorgegangene Arbeiterpartei erklärte sich bereit, bildete das Kabinett und obwohl sie sich um die Wägen und Forderungen der bürgerlichen Parteien zu kümmern, formulierten sie ihr Regierungsprogramm, das dem sozialdemokratischen Kabinett als Grundlage seiner Politik dienen sollte: Fall der Zuchtengesetze, gerechtere Steuerverteilung, Einschränkung des Militarismus bis zur völligen Abtötung, Erleichterung der Schuldenlast der Kleinbauern, Einführung des Getreidemonopols, Hilfe für die Fischer. Das ist ein Programm, bei dem die Arbeiterpartei von vornherein mit Schwierigkeiten der bürgerlichen Parteien rechnen

musste. Sie sind gekommen und über sie wird das Kabinett stürzen. Der Sozialdemokratische Presseklub bemerkt dazu:

„Einen solchen Ausgang mußte man eigentlich erwarten, nachdem die Arbeiterpartei, die nur über eine Minderheit im Storting verfügt, die Regierung angetreten hatte, ohne sich zu vormitzulegen eine der übrigen Gruppen über ein Programm zu verständigen, auf dessen Grundlage ihr wenigstens für eine gewisse Zeit die Aufrechterhaltung der Macht möglich gewesen wäre. Sie war wohl der Ansicht, daß es ihr ähnlich wie seinerzeit dem Kabinett MacDonald in England gestattet sein würde, für eine bestimmte Frist am Ruder zu bleiben, und bedachte nicht, daß der Klassenkampf in ihrem Lande sich in dem politischen Verhalten der Bürgerlichen noch sehr viel schärfer ausprägt als es in Großbritannien der Fall ist.“

Das klingt fast so, als hätte die sozialdemokratische Arbeiterregierung ihre Lebensdauer verlängern können, wenn sie vorher mit einer der bürgerlichen Parteien verhandelt hätte. Wohl möglich, aber diese „fille“ Koalition mit einer der bürgerlichen Parteien hätte bestimmt erlaubt werden müssen durch politische Konzeptionen, die eine klare Politik für die proletarische Bevölkerung, die dieses Programm unmöglich gemacht hätten. Aber die Beseitigung der reaktionären Gesetzgebung, die Wahrnehmung der proletarischen Interessen gegen die Interessen der Großgrundbesitzer und des Großkapitals war der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Norwegen wichtiger, als eine Koalition, in der ihr die Hände gebunden gewesen wären. Sie lehnte sie ab und muß nun erleben, daß ausgerechnet die „Linke“ der bürgerlichen Parteien aus erste einen Misstrauensantrag formuliert, auf den sich die übrigen Reaktionen einigen.

Nach ein Anderes und Wichtigeres lehrt die kurze Dauer der Arbeiterregierung. Allein die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch sie genügt, um das Groß- und Finanzkapital zu einer großartigen Sabotage ihrer Arbeit zu veranlassen. Man es Angst gewesen sein davor, daß wirklich durchgreifende steuerliche Maßnahmen zu erwarten sind, oder mag es der bewusste Vorschlag gewesen sein, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wie dem ganzen Volke zu zeigen, daß nicht das Parlament und seine auf Grund eines „demokratischen“ Wahrspruchs gewählten Vertreter, sondern die Kapitalisten in Wahrheit die Macht in den Händen haben. Die Finanz- und Großkapitalisten begannen mit einer großartigen Kapitalflucht. Eine patriotische Sabotageaktion, die durch die norwegischen Banken noch dadurch unterstützt wurde, daß sie durch eine Heraushebung des Diskonts das Kapital im Lande verteuerten. So zeigt denn das norwegische Experiment, daß die kapitalistische Klasse alle Demokratie nur so lange achtet, als sie ihren Interessen keinen Abbruch tut und diese Demokratie sofort in alle Winde bläst, sobald sie die Arbeiterklasse an die Macht bringt und die führende Partei des Proletariats gewillt ist, diese Macht auch politisch und ökonomisch auszunutzen. Es zeigt weiter, daß in diesem Falle die „Linke“ der bürgerlichen Parteien als die Vertreterin des Großkapitals eine ebenso einschläfernde Verächterin der Demokratie ist wie die Rechte, es zeigt, daß in einem Lande mit außerordentlich stark entwickelten Klassengegensätzen die kapitalistischen Schichten, die durch die verschiedenen bürgerlichen Parteien vertreten werden, in dem Augenblick einig sind, in dem sich das Proletariat anmacht, mit Hilfe der politischen Demokratie erungene Erfolge für seine Klasse auszunutzen.

## Wieder ein Fememord aufgedeckt

SPD Berlin, 8. Februar. (Radio.)

Eine Berliner Korrespondenz meldet, daß es nach fast acht Jahren gelungen ist, in der Nähe von Greifenhagen in Pommern einen neuen Fememord aufzudecken. In der genannten Stadt ließ zu Beginn dieses Jahres eine Anzeige ein, nach der an einer bestimmten Stelle in der Umgebung von Greifenhagen die Leiche eines im Jahre 1920 Ermordeten Kohlhändlers, und zwar eines gewissen Paul Schmidt, verjährt liege. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit dieser Behauptungen, so daß gegen eine Reihe von Personen, die als Zeugen und Anstifter zu diesem Mord verdächtigt sind, ein Haftbefehl erlassen werden konnte. Es handelt sich dabei durchweg um ehemalige Angehörige einer Kohlhändlerformation, die im Jahre 1920 nach dem Kapp-Putsch auf Gütern bei Greifenhagen untergebracht waren. Der von der Staatsanwaltschaft Stettin erlassene Haftbefehl richtet sich gegen den Leutnant a. D. Edmund Heine, den früheren Feldwebel Hans Otto, den früheren Unteroffizier Johann Bogt und den Arbeiter Max Olschewsky.

Nach einer weiteren Korrespondenzmeldung ist am Montag in dem letzten der nach „nicht“ verhandelten Fememordprozesse, im Fall Dehner, die Voruntersuchung gegen Oberleutnant a. D. Nicolaus Reim und Feldwebel a. D. Boh abgefaßt worden. Die Akten sind zur weiteren Beschlußfassung und Ansetzung des Termins dem Landgericht III zugeleitet worden. Es ist zu erwarten, daß der Prozess noch in diesem Frühjahr verhandelt wird. Wie der Korrespondenz aus Schwerin weiter gemeldet wird, hat Oberleutnant v. Schöler, der im ersten Fememordprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit zum Tode verurteilt worden war, jetzt den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. v. Schöler war durch die medienburgische Regierung zur lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt worden.

## Das „Recht auf die Macht“

### Gegen die Koalitionsgefinnung

In der neuesten Nummer des Kampfs, der sozialdemokratischen Monatschrift in Oesterreich, behandelt Genosse Max Adler in einem Artikel die vom Genossen Renner auf dem letzten österreichischen Parteitag geforderte Koalition der Sozialisten. Er unterzucht vor allem eines der Hauptargumente der Befürworter einer Koalitionsregierung, nach dem das Proletariat ein „Recht auf die Macht im Staate“ habe. Da dieses „Argument“ auch in Deutschland in den kommenden Koalitionsdebatten wieder zu hören sein wird, sei nachstehend zu Recht und Lehr ein Auszug aus dem Artikel des Genossen Adler wiedergegeben.

Die Redaktion der Volkszeitung.

Das moderne Hauptargument für die Koalitionsgefinnung und Koalitionspolitik ist, daß das Proletariat eine so große und wichtige Klasse im modernen Staate geworden ist, daß es ein Recht auf die Macht im Staate hat, daß ihm ein seiner sozialen Bedeutung entsprechender Anteil an der Regierung gebührt. Und es ist überaus bezeichnend für den Mangel an marxistischer Bildung in den heutigen Massen des Proletariats, sowie für den damit zusammenhängenden Mangel an revolutionärem Klassenbewußtsein, daß dieses Argument zu den wirkungsvollsten in der Agitation für die Koalitionsbereitschaft gehört. Indem es sich an das naive Rechtsbewußtsein der Massen wendet, übt es auf große Teile derselben eine geradezu bestechende Wirkung aus.

Diese Lehre von dem guten Rechte des Proletariats auf einen „Anteil am Staate“ klingt dem Arbeiter überzeugend ins Ohr, weil es selbstverständlich und richtig ist, daß der Arbeiter dieses Recht für sich beansprucht. Aber es ist schon durchaus nicht ebenso selbstverständlich, daß auch die herrschenden und bestehenden Klassen, die ihm bis heute dieses „Recht“ vorenthalten haben und weiterhin vorenthalten, ebenso überzeugt sind, daß das Proletariat ein Recht auf Anteil an der Herrschaft habe. Schon hier steht man, daß diese ganze Ideologie des Rechtes einen eigenartigen Staatsbegriff voraussetzt, nämlich den Staat als eine Gemeinschaftsform, die jedem das Seine zuteilt, was aber keinesfalls dem wirklichen, historischen Staate entspricht. In diesem hat jede Klasse nur so viel Anteil an der Herrschaft, als sie sich selbst durch ihre Macht und erforderlichenfalls Gewalt verschaffen kann. Im wahren Sinne des Wortes geht hier Gewalt vor Recht, das heißt die Klassengewalt schafft das Recht. Es ist daher kein Wunder, daß Renner und mit ihm die ganze neureformistische Richtung mit dem marxistischen Staatsbegriff, wonach der Staat die Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen ist, nichts mehr anzufangen weiß, und meint, daß man hier „umlernen“ müsse. An Stelle der „allgemeinen, irgendwo (!) zusammengelesenen Marx- und Engelszitate“ müsse man „das Neue und Eigenartige erfassen“, nicht aber immer nur das Alte wiederholen, und das erst sei der „wahre“ Marxismus. Und was ist dieses Neue? Daß der Staat „kein Begriff“ ist, sondern etwas Reales, eine Gebietskörperschaft, gegliedert in Bund, Land und Gemeinden, so daß also die Landes- und Gemeindeverwaltungen auch „ein Stück des Staates“ sind. Wenn also das Proletariat in diesen Verwaltungen herrscht oder auch nur großen Einfluß hat, dann gehört die Staatsgewalt nicht mehr den bestehenden Klassen allein, sondern sie ist geteilt zwischen den Klassen. Wien ist zum Beispiel ein solches Stück des Staates. Wird nun jemand behaupten, ruft Renner aus, daß unsere Stadträte in Wien ein Vollzugsorgan der kapitalistischen Gesellschaft sind?

Wenn das „das Neue und Eigenartige“ ist, was wir zu lernen haben, dann könnte man noch eigenartige Fragen stellen. Renner steht bei seiner Bezeichnung der Länder und Gemeinden als ein Stück des Staates ganz davon ab, daß es sich bei dem Sage von Marx, wonach die Regierung nur ein Vollzugsorgan der herrschenden Klassen sei, eben um eine staatliche Regierung handelt, das heißt um die Aufrechterhaltung nicht nur einer bestimmten Rechtsordnung, sondern des diese tragenden ökonomischen Systems, eben der kapitalistischen Wirtschaft. Bei den Ländern (Adler spricht hier von den Ländern in Oesterreich, die bei weitem nicht die staatliche Selbstständigkeit besitzen wie in Deutschland und deren Regierungen tatsächlich nur reine Verwaltungsarbeiten zu erledigen haben. D. R. d. B.) und Gemeinden handelt es sich dagegen in erster Linie um bloße Verwaltungsinstrumente dieses staatlich geschützten ökonomischen Systems, und alle Hoheitsrechte, die diese Körperschaften haben, können verfassungsmäßig ebenfalls nur innerhalb und nicht gegen die Staatsgrundlage ausgeübt werden, so daß sie schon dadurch allein Vollzugsorgane der herrschenden Staatsordnung sind. Wenn man aber hieron absieht, kann man auch jede Organisation und jeden Verein ein Stück des Staates nennen.

Eine sozialistische Gemeinde ist selbstverständlich kein Herrschaftsorgan der bestehenden Klassen, weil sie ja heute nur eine Kampforganisation gegen sie ist. Man